http://www.mvregio.de/show/76020.html
Umweltverbände wollen im Dong-Genehmigungsverfahren Zeit gewinnen
15.12.2007: Schwerin/Lubmin/MVregio Mehrere Umweltverbände haben mehr Zeit im Genehmigungsverfahren für das umstrittene Kohlekraftwerk in Lubmin bei Greifswald gefordert.

Der für Dienstag in Greifswald angesetzte Erörterungstermin des Staatlichen Amtes für Umwelt und Natur zu den Einwänden gegen das Kraftwerk müsse abgesagt werden, verlangten der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND), der Naturschutzbund Deutschland (Nabu) und der World Wide Fund For Nature (WWF) heute (Samstag) in Schwerin. Der dänische Investor Dong Energy habe eine Reihe neuer Gutachten vorgelegt und auch Änderungen an den Unterlagen vorgenommen, hieß es zur Begründung.
Ohne Prüfung der neuen Unterlagen sei eine sachliche Erörterung nicht möglich, "schon gar nicht eine Entscheidung noch in diesem Jahr", sagte BUND-Landesgeschäftsführerin Corinna Cwielag stellvertretend für die Initiativen laut einer Pressemitteilung. Sie kritisierte "die Hast dieses Verfahrens". Dong will das Kraftwerk 2012 ans Netz gehen lassen und hofft noch in diesem Jahr auf eine erste Teilgenehmigung für die Bauhüllen der Gebäude. Drei Bürgerinitiativen aus der Region planen am Dienstag in Greifswald eine Demonstration gegen die Kraftwerkspläne.
Nach einem Bericht der Rostocker "Ostsee-Zeitung" (Samstag) gibt es im Zusammenhang mit den Kraftwerksplänen Vorwürfe gegen das Wirtschaftsministerium Mecklenburg-Vorpommerns. Das Haus von Minister Jürgen Seidel (CDU), das die Aufsicht für die Genehmigung habe, soll in einem 23-seitigen Brief an Dong begründet haben, warum es "zwingende Gründe des überwiegend öffentlichen Interesses" für den Bau des Kraftwerks gebe. Diesen Brief habe Dong den Genehmigungsunterlagen beigefügt, schreibt das Blatt.
Ein Sprecher des Unternehmens bestätigte der dpa die Existenz des Briefs, konnte aber nicht sagen, ob er den Genehmigungsunterlagen beigelegt wurde. Die "Ostsee-Zeitung" zitierte den FDP- Fraktionsvorsitzenden im Landtag, Michael Roolf, zu dem Brief mit den Worten: "Das wäre so, als sage ein Richter, wie eine Seite zu argumentieren hat, um vor Gericht zu gewinnen".
MVregio Landesdienst mv/sn

http://www.mvregio.de/show/76040.html
Wir lassen uns unsere Region nicht vergiften!
16.12.2007: Greifswald/MVregio BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Greifswald-Peeneland unterstützen Protestmarsch am 18.12.2007 gegen Steinkohlekraftwerk Lubmin

Der Kreisverband Greifswald-Peeneland von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützt den Aufruf zum Protestmarsch gegen das in Lubmin geplante Steinkohlekraftwerk am Dienstag, 18.12.
"Wir rufen alle Bürgerinnen und Bürger, die sich Sorgen um die Zukunft unserer Heimat machen, auf, sich am Protestmarsch zum Maritimen Jugenddorf in Greifswald/Wieck zu beteiligen", so Stefan Fassbinder, Sprecher des Kreisverbandes.
MVregio Landesdienst mv/hgw

Montag, 17. Dezember 2007 | Mecklenburg-Vorpommern
Verfahren für Kraftwerk bleibt im Zeitplan
Schwerin/Lubmin (dpa) Das Genehmigungsverfahren für das Kohlekraftwerk in Lubmin bei Greifswald bleibt trotz Widerstands von Umweltverbänden im Zeitplan. Der für morgen in Greifswald angesetzte Erörterungstermin des Staatlichen Amtes für Umwelt und Natur zu Einwänden gegen das Kraftwerk findet statt. Ein Antrag mehrerer Umweltverbände, den Termin abzusagen, sei abgelehnt worden, sagte deren Anwalt. Der Antrag war gestellt worden, weil der dänische Investor Dong Energy neue Gutachten vorgelegt und Änderungen an Unterlagen vorgenommen hatte. Ohne Prüfung sei eine Erörterung nicht möglich, „schon gar nicht eine Entscheidung in diesem Jahr“, sagte BUND-Geschäftsführerin Corinna Cwielag. Sie kritisierte „die Hast des Verfahrens“. Dong will das Kraftwerk 2012 ans Netz gehen lassen.

Montag, 17. Dezember 2007 | Hansestadt Greifswald
Protestmarsch gegen das Kraftwerk
Greifswald Im Maritimen Jugenddorf Wieck (majuwi) beginnt morgen um 10 Uhr die öffentliche Erörterungssitzung des STAUN/Stralsund zum geplanten Steinkohlekraftwerk. Vorab versammelt sich die Bürgerinitiative „Kein Steinkohlekraftwerk in Lubmin“ zu einem Protestmarsch, Treffpunkt ist um 8.45 Uhr am Kloster Eldena, Abmarsch in Richtung majuwi über die Wolgaster Landstraße 9 Uhr. An der Wiecker Brücke findet etwa eine halbe Stunde später eine Kundgebung mit MdB Dr. Harald Terpe, Rügens Landrätin Kerstin Kassner sowie Hinrich Kuessner statt. Anschließend ist die Teilnahme an der Sitzung geplant.
Heute, um 19 Uhr, findet im Gemeinderaum der Domgemeinde, Domstraße 13, die Gründung der „Bürgerinitiative Greifswald“ gegen das Kraftwerk Lubmin statt.

Montag, 17. Dezember 2007 | Titelseite Rügen

Touristiker weiter gegen Kohlekraftwerk
Bergen Der Tourismusverband Rügen e.V. (TVR) hat sich in seiner Einwendung an das Staatliche Amt für Umwelt und Natur in Stralsund (StAUN) zum wiederholten Male gegen das geplante Steinkohlekraftwerk am Standort Lubminer Heide ausgesprochen. Auch das kürzlich vorgelegte Tourismusverträglichkeitsgutachten habe an der ablehnenden Haltung des TVR nichts geändert, heißt es in einer Pressemitteilung. Hauptreisegrund für Rügen-Urlauber seien die unberührte Natur und die gesunde Luft. Die erhöhten Kohlendioxid-Emissionen, die befürchtete Erwärmung der Wassertemperatur und die damit verbundene Gefahr eines erhöhten Blaualgenaufkommens im Sommer an den Rügener Stränden sowie die unverhältnismäßige Kraftwerksarchitektur als negativer Blickfang vom Mönchgut in Richtung Lubmin seien „genug Gründe sich intensiv Sorgen um die zukünftige touristische Attraktivität des Standortes Rügen zu machen“, wird aus dem Schreiben des TVR zitiert.
Zudem schaffe das Kraftwerk weit weniger Arbeitsplätze als es gefährde: Wenn Urlauber ausblieben, weil sie in andere touristische Regionen abwanderten, seien tausende Arbeitsplätze in Hotellerie und Gastronomie bedroht.
Die Rügener Bürgerinitiative hat für die Fahrt zum morgigen Protestmarsch in Eldena einen Bus organisiert, in den auch Landrätin Kerstin Kassner steigt. Abfahrt ist um 7.30 Uhr vor dem Rügener Landratsamt.

Montag, 17. Dezember 2007 | Insel Usedom links
Grüne unterstützen Bürgerinitiative
Greifswald Der Kreisverband Greifswald-Peeneland von Bündnis 90/Die Grünen unterstützt die für Dienstag dieser Woche von der Bürgerinitiative gegen das Steinkohlekraftwerk Lubmin geplante Protestaktion. Unter dem Slogan „Wir lassen uns unsere Region nicht vergiften!“ können sich Kritiker des Vorhabens ab 8.45 Uhr an der Klosterruine in Eldena sammeln. Von dort marschiert der Protestzug zum Maritimen Jugenddorfwerk nach Wieck, wo eine Kundgebung stattfindet, auf der MdB Dr. Harald Terpe und Rügens Landrätin Kerstin Kassner sprechen werden. Um 10 Uhr beginnt der offzielle, öffentliche Erörterungstermin des StAUN im „Majuwi“.

Montag, 17. Dezember 2007 | Insel Usedom links
Protestler gehÂ’n auf die Straße
Zwar ist ihr Versuch gescheitert, den Erörterungstermin verschieben zu lassen, dennoch wehren sich Bürger weiter gegen Dong-Pläne.
Zinnowitz Im Mittelpunkt der Mitgliederversammlung der Bürgerinitiative gegen den Bau des Steinkohlekraftwerkes bei Lubmin stand ein Termin, der nicht nur für die derzeit 77 in der BI organisierten Kraftwerksgegner von Bedeutung ist. Für alle, die den Bau ablehnen oder befürworten, steht am 18.12. eine Veranstaltung an, bei der jene Einwände zu erörtern sind, die bislang offiziell gegen das Projekt vorgebracht wurden.
Die BI und mit ihr verbundene Gruppen werden den Termin aber nicht schlechthin über sich ergehen lassen, sondern ihren Protest gegen die ihrer Meinung nach mit dem Kraftwerksbau verbundene Umweltzerstörung und erhebliche Beeinträchtigung des Tourismus mit einer Kundgebung ausdrücken. Wie Samstag informiert wurde, ist die Klosterruine Eldena dafür am Dienstag um 8.45 Uhr Treffpunkt; die Kundgebung beginnt danach an der Wiecker Brücke. Später beginnt der Erörterungstermin. Laut Informationen der BI werden auch Umweltschützer aus Dänemark erwartet, wo der Dongkonzern angesiedelt ist.
Breiten Raum in der Beratung nahm auch die vor gut einer Woche durch den Tourismusverband Insel Usedom (TVIU) öffentlich gemachte Position zu diesem Vorhaben ein. Letztlich wurde die auf dem Tourismustag verabschiedete Entschließung als „nicht das Papier wert, auf der sie steht“ bezeichnet. Zuvor hatte der Koserower Hotelier Thomas Wellnitz, er hat inzwischen seinen Austritt aus dem Tourismusverband erklärt und nahm als Gast an der Versammlung teil, die Haltung des TVIU als aus seiner Sicht „eindeutige Position für das Steinkohlekraftwerk“ bezeichnet, auch wenn sie hinter verschiedenen Forderungen versteckt worden sei. Die BI folgte letztlich WellnitzÂ´ Vorschlag, dennoch weiter mit dem Verband oder wenigstens einigen seiner Mitglieder das Gespräch zu suchen. Das trifft auch für Kontakte zur Dehoga zu.
Vertagt auf die nächste Mitgliederversammlung wurde das Thema, ob die Bürgerinitiative einen Volksentscheid gegen den Bau des Steinkohlekraftwerkes in Gang setzen soll.
D. BUTENSCHÖN

SVZ.de - URL: **http://www.svz.de/**

MECKLENBURG-VORPOMMERN Giftschleuder am Boddenrand
14. Dezember 2007 | von Torsten Roth

Sensible Region: der Greifswalder Bodden
SCHWERIN - Gutachterliche Schelte für das geplante Kohlekraftwerk in Lubmin: Mit 1,1 Tonnen Quecksilber, 750 Tonnen Staub, je 7500 Tonnen Stick- und Schwefeloxide wird das Werk die Umwelt jährlich belasten, gibt der

dänische Investor Dong selbst zu. Nach einem gestern von der Naturschutzorganisation WWF vorgestellten Gutachten werden die Kohlekessel aber noch deutlich mehr Schadstoffe ausstoßen. Das Projekt sei nicht genehmigungsfähig, stellte Schadstoffexperte Christian Tebert vom Institut für Ökologie und Politik (Ökopol) gestern in Schwerin mit einem 5000 Euro teuren Gutachten klar. Allein die Quecksilber-Einträge Deutschlands in die Ostsee von 30 Kilogramm jährlich würden sich durch das Werk versiebzehnfachen. Und das, obwohl sich Deutschland im Ostseeschutzabkommen Helcom dazu verpflichtet habe, den Quecksilbereintrag gegen null zu fahren, so Tebert. Das von Dong zur Genehmigung vorliegende Projekt gehe von falschen Szenarien aus. So habe der Konzern durch fehlerhafte Annahmen die Schadstoffbelastung für die Umgebung "schöngerechnet". Es seien deutlich höhere Emissionen krebserregender Stoffe zu erwarten, so dass Lubmin seinen Seebad-Status verlieren würde. Fünfmal mehr Cadmium und doppelt so viele Dioxine: "Menschen und Natur werden belastet, weil Dong spart", kritisierte WWF-Ostseeexpertin Cathrin Münster. Da Dong u. a. nicht die besten Filter einsetzen wolle, würden die Quecksilberemissionen insgesamt bis zu 1100 Kilogramm jährlich betragen. Etwa 550 Kilogramm würden direkt die Ostsee belasten. "Das finden wir dann in den Fischen und der Nahrungskette wieder", so Tebert. Dabei sei die Ostsee bereits am Limit, sagte Münster.

Wochenendausgabe, 15. Dezember 2007 | Titelseite

Kraftwerk Lubmin: Half Seidel beim Antrag nach?

Das Schweriner Wirtschaftsministerium soll entscheidende Passagen im Genehmigungsantrag des dänischen Kraftwerkbauers Dong Energy selbst formuliert haben. Naturschützer fordern nun die Aussetzung des Verfahrens.

Schwerin/Berlin (OZ) Im Streit um das geplante Steinkohlekraftwerk Lubmin fahren Umweltverbände schwere Geschütze gegen das Schweriner Wirtschaftsministerium auf. Der Vorwurf: Die Behörde unter Ressortchef Jürgen Seidel (CDU) habe für den dänischen Investor Dong Energy einen zentralen Teil des Bauantrags geschrieben. Dies sei unzulässig. Das Ministerium, dem die Aufsicht für die Genehmigung unterstehe, sei befangen und müsse daher aus dem Verfahren ausgeschlossen werden.

Der Berliner Anwalt Peter Kremer, der die Naturschutzverbände BUND und NABU, die Umweltstiftung WWF sowie mehrere Bürgerinitiativen juristisch vertritt, stützt sich bei seinem Vorwurf auf ein 23-seitiges Dossier des Ministeriums, das der OZ vorliegt. Das Schreiben, datiert auf den 16. November, ist an Dong Energy adressiert. Darin begründet das Wirtschaftsministerium, warum „zwingende Gründe des überwiegend öffentlichen Interesses“ für den Bau des Kraftwerks in Lubmin gegeben seien.

Brisant: Dieses Schreiben fügte Dong laut Kremer dem Genehmigungsantrag bei – mit Briefkopf des Wirtschaftsministeriums. Der Anwalt zeigt sich empört. Es sei allein die Aufgabe des Investors, zwingende Gründe des überwiegend öffentlichen Interesses darzulegen. Das sei in jedem Genehmigungsverfahren so. „Es ist nicht die Aufgabe des Ministeriums, quasi die Arbeit der Antragstellerin zu übernehmen. Vielmehr hat sie die eingereichten Unterlagen zu prüfen und dann eine Entscheidung zu treffen“, erklärte er.

Bei seinem Vorwurf der Befangenheit argumentiert Kremer mit Paragraf 21 des Verwaltungsverfahrensgesetzes des Landes MV. „Das Schreiben des Wirtschaftsministeriums führt dazu, dass das Genehmigungsverfahren im Wege der Amtshilfe von der Behörde eines anderen Landes durchgeführt werden müsste“, so Kremer. Die Naturschützer fordern, das Verfahren auszusetzen.

Das Wirtschaftsministerium bestätigte gegenüber der OZ die Existenz der 23-seitigen Stellungnahme. Das Schreiben sei „im Auftrag der Hausleitung“ angefertigt worden, sagte ein Sprecher Seidels. Man sehe darin allerdings keinerlei Interessenskonflikte. Es sei „kein unübliches Verfahren bei Investitionsvorhaben“, so der Ministeriumssprecher weiter. Peter Gedbjerg, Projektleiter von Dong Energy, erklärte gestern, er kenne zwar das Schreiben des Ministeriums, bezweifle jedoch, dass es als Anlage dem Genehmigungsantrag beigefügt worden sei. „Ganz ausschließen kann ich es allerdings nicht. Ich habe nicht alle 17 Aktenordner des Antrages gelesen.“ Gedbjerg betonte, sein Unternehmen wünsche ein „peinlich korrektes Genehmigungsverfahren, damit es keine Klagen gibt“.

Die Opposition im Schweriner Landtag schlägt indes Alarm. FDP-Fraktionschef Michael Roolf bezeichnete den Vorgang als „makaber und absurd“. Roolf: „Das wäre so, als sage ein Richter, wie eine Seite zu argumentieren habe, um vor Gericht zu gewinnen.“

Seite 2: Kommentar

JÖRG KÖPKE

Wochenendausgabe, 15. Dezember 2007 | Deutschland

Schwerin und das Dong-Kraftwerk
Geschmäckle
Der Vorwurf ist ungeheuerlich. Das Schweriner Wirtschaftsministerium – genauer: dessen „Hausleitung“ – soll dem dänischen Stromkonzern Dong Energy bei dessen Genehmigungsantrag zum Steinkohlekraftwerk Lubmin die Feder geführt haben. Mindestens in einem zentralen Punkt. Sollte sich dieser Verdacht erhärten – und vieles spricht dafür – geriete die ehrgeizige Zwei-Milliarden-Euro-Investition mächtig ins Wanken. Unzulässige Mauscheleien zwischen Landesregierung und Dong Energy? Das hätte mehr als nur „Geschmäckle“. Und brächte Wirtschaftsminister Jürgen Seidel (CDU) massiv in Erklärungsnöte.
Man muss sich den Fall einmal auf der Zunge zergehen lassen. Ein Beispiel zum Vergleich: Ein privater Bauherr will sein Haus erweitern und stellt deshalb einen Bauantrag. Vorher aber geht er zur Behörde und lässt sich seinen Antrag von einem Beamten derart wasserdicht formulieren, dass er garantiert genehmigt wird. Nicht anders, zumindest ähnlich, müsste man sich das Verfahren zwischen Wirtschaftsministerium und Dong Energy vorstellen. Der sprichwörtliche Kölsche Klüngel ließe grüßen.
So sehr sich die Landesregierung auch darum bemüht, Argumente für den Bau des umstrittenen Kraftwerks am Greifswalder Bodden zusammenzutragen: Form und Anstand müssen gewahrt bleiben. Kein noch so großes Landesinteresse rechtfertigt das Beugen vorgegebener Bestimmungen. Seidel täte gut daran, jetzt für Aufklärung zu sorgen.
Nachricht auf Seite 1

JÖRG KÖPKE

Wochenendausgabe, 15. Dezember 2007 | Hansestadt Greifswald

Die Betrachtung zum Wochenende
Auch Touristen machen Lärm

Wir wollen kein KKW! Wir wollen kein Steinkohlekraftwerk! Und ein Biodieselwerk wollen wir auch nicht! Das eine ist gefährlich, das andere verschmutzt die Luft, und das dritte stinkt. Und einen Hafen in Ladebow, den wollen wir jetzt auch nicht mehr. Der ist hässlich und passt nicht in die schöne Landschaft. Stellt sich die Frage: Was wollen wir dann?
Tourismus heißt das Zauberwort. Nicht nur in Lubmin, auch in der Greifswalder Bürgerschaft. Weg mit hässlichen Kränen! Her mit schicker Marina und Hotels! Das rufen vermehrt Abgeordnete. Darunter auch einige, die Ladebows Zukunft als Industriehafen in den 1990-ern in der Bürgerschaft mit auf den Weg brachten. Ein Umschlagplatz vor allem für Treibstoffe war die Vision. Doppelhüllentanker sollten Ladebow anlaufen. Dafür wurde die Pier für 450 000 Euro ausgebaut und erst vor 12 Monaten die Fahrrinne ausgebaggert. Bezahlt vom Bund. Für schlappe 2,5 Millionen. Das Geld scheint sinnlos ausgegeben, wie sich jetzt zeigt. „Lieber ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende“, bemerken Bürgerschaftsmitglieder dazu. Soll heißen: Der Hafen rechne sich nicht. Und Industrie passt nicht nach Ladebow.
Da fragt man sich natürlich, warum kam unseren Abgeordneten diese Erkenntnis nicht schon vor zehn Jahren? Hat man damals nur aus dem Dunst heraus entschieden? Vieles kann man tolerieren. Einen derart sorglosen Umgang mit Steuermitteln aber nicht. Wer Millionen Euro in den Sand oder besser ins Wasser setzt, handelt verantwortungslos. Zumal die touristische Nutzung des Hafens nicht mehr als nur eine Willensbekundung ist. Es fehlen der Investor und Antworten auf viele Fragen. Zu Liegenschaften und einem Tanklager als Staatsreserve. Und wie denken die Wiecker? Wollen sie den Tourismusmagneten vor ihrer Hautür? Auch Urlauber machen schließlich Lärm. Vor ein paar Jahren probten Anwohner bereits den Aufstand, als dreimal wöchentlich Reisebusse Kreuzfahrtgäste durch die Rosenstraße chauffierten. Das kann sich wiederholen. Mit Ladebow ums Vielfache.
(Meldung S.13, Bericht S. 15)

REINHARD AMLER

Wochenendausgabe, 15. Dezember 2007 | Hansestadt Greifswald

Naturschutzverbände gegen Erörterung zum Kraftwerk
Greifswald BUND, WWF und NABU sowie zwei Bürgerinitiativen gegen das Steinkohlekraftwerk haben das Staatliche Amt für Umwelt und Natur Stralsund aufgefordert, die Erörterung der Unterlagen zum Bau ab Dienstag abzusagen. Wegen des Vorliegens neuer Gutachten und veränderter Unterlagen sei keine sachliche Erörterung möglich, heißt es in einer Presseerklärung.

Wochenendausgabe, 15. Dezember 2007 | Hansestadt Greifswald

Leserpost
Für und wider das Kohlekraftwerk
Nach wie vor erreichen unsere Redaktion viele Stellungnahmen zum geplanten Steinkohlekraftwerk in Lubmin.
Hier Auszüge aus dem Brief von **Herbert Frey, Koitenhäger Landstraße 7A**:
Wenn ich täglich lese, wie versucht wird, den Bau des Kohlekraftwerkes zu verhindern, dann kann bzw. muss ich glauben, wir brauchen keine Arbeitsplätze und Steuereinnahmen.
Natürlich hat jeder das Recht, seine Meinung zu sagen, aber dabei sollten immer die Realitäten in unserer Region in Betracht gezogen werden. Wie soll unsere Arbeitslosigkeit gesenkt werden, wenn wir diese Chance nicht nutzen, oder wollen andere diese Plätze schaffen, bezahlen und Steuern für unser Land einbringen.
Ich vertrete den Standpunkt, das dass Kraftwerk gebaut werden sollte. Unsere Region kann und wird nicht allein vom Tourismus jetzt und in Zukunft leben können. Also brauchen wir als strukturschwache Region das Kraftwerk, die zirka 140 Arbeitskräfte und die Steuereinnahmen.
Die über 1000 Bauarbeiter, die bis 2012 hier beschäftigt sein werden, bringen auch zusätzliche Einnahmen für viele Branchen in der Umgebung von Lubmin.
Auch unser Gewerbe und unsere Industrie hätten Nutzen davon. Durch die Konkurrenz in der Strombranche kann der Strompreis positiv beeinflusst werden. Dass der Tourismus und das Wasser des Boddens negativ beeinflusst werden soll, kann ich nicht glauben. Früher als das Kernkraftwerk noch im Betrieb war, wurde auch überall auf Rügen, Usedom oder Lubmin, gebadet. Fische wurden auch an Land gebracht.
Wir brauchen auch in 20 Jahren und darüber hinaus noch Strom aus Kohlekraftwerken, da der Energiebedarf weiter steigen wird und noch nicht durch andere Energiequellen ersetzt werden kann.
Manfred Hässler, Hauptstraße 5 in Thiessow:
Als als Neubürger Rügens habe ich manchmal den Eindruck, dass man im Norden dieser herrlichen Insel denkt, dass das Kohlekraftwerk in Lubmin nur ein Ereignis ist, welches den Süden betrifft. Ich glaube, dass diese Einstellung, sollte sie richtig sein, völlig falsch ist. Wenn Urlauber aus meiner Heimat - ich komme aus dem Frankenland - ihren Urlaub auf Rügen verbringen wollen, unterscheiden sie zunächst nicht nach Nord und Süd. Alle Rüganer haben dies doch sicherlich anlässlich der Vogelgrippe erlebt. Hat man da bundesweit gefragt, wo die toten Vögel gefunden wurden, nein, ganz Rügen war betroffen.
Ahnliches wird, das haben mir zahlreiche Gespräche durch ganz Deutschland führen bestätigt, bei dem Steinkohlekraftwerk passieren. Ich habe so den Eindruck, dass allein das Thema „Beleuchtung rund um die Uhr“ nicht bekannt ist, für mich aber jede Romantik, jede Erholung tötet, auch dass das Umladen der Kohleschiffe Schmutz und Geräusche verursachen, die sich ein Tourist sicherlich nicht zumuten will.
Jens Schrammm: Ich möchte mich mit diesem Schreiben gegen ein Steinkohlekraftwerk in Lubmin aussprechen. Mir ist klar, dass eine strukturschwache Region wie die Gegend um Lubmin aus der Perspektive der Landesregierung aus wirtschaftlicher Sicht um den Bau dieses Kraftwerkes bemüht ist. Das lässt die Politik nach außen hin so erscheinen, als wäre ihr das Wohl der Bevölkerung sehr wichtig. Allerdings glaube ich, dass eine weltweite Stellenausschreibung zum Aufbau und späteren Betrieb mit den damit verbundenen eventuellen Einstellungen von Bürgern aus der Region Lubmin den Schaden, den das Kraftwerk verursacht, nicht aufwiegt. Mein Hauptproblem ist aber der durch Studien belegte große Quecksilberausstoß durch das Kraftwerk und die geringe Effizienz von 47 Prozent. Ich würde mich sehr freuen, wenn die Vernunft den Sieg bei der Entscheidung gegen den Kraftwerksbau davonträgt.

Wochenendausgabe, 15. Dezember 2007 | Hansestadt Greifswald

Leserpost
Für und wider das Kohlekraftwerk
Nach wie vor erreichen unsere Redaktion viele Stellungnahmen zum geplanten Steinkohlekraftwerk in Lubmin.
Hier Auszüge aus dem Brief von **Herbert Frey, Koitenhäger Landstraße 7A**:
Wenn ich täglich lese, wie versucht wird, den Bau des Kohlekraftwerkes zu verhindern, dann kann bzw. muss ich glauben, wir brauchen keine Arbeitsplätze und Steuereinnahmen.
Natürlich hat jeder das Recht, seine Meinung zu sagen, aber dabei sollten immer die Realitäten in unserer Region in Betracht gezogen werden. Wie soll unsere Arbeitslosigkeit gesenkt werden, wenn wir diese Chance nicht nutzen, oder wollen andere diese Plätze schaffen, bezahlen und Steuern für unser Land einbringen.

Ich vertrete den Standpunkt, das dass Kraftwerk gebaut werden sollte. Unsere Region kann und wird nicht allein vom Tourismus jetzt und in Zukunft leben können. Also brauchen wir als strukturschwache Region das Kraftwerk, die zirka 140 Arbeitskräfte und die Steuereinnahmen.
Die über 1000 Bauarbeiter, die bis 2012 hier beschäftigt sein werden, bringen auch zusätzliche Einnahmen für viele Branchen in der Umgebung von Lubmin.
Auch unser Gewerbe und unsere Industrie hätten Nutzen davon. Durch die Konkurrenz in der Strombranche kann der Strompreis positiv beeinflusst werden. Dass der Tourismus und das Wasser des Boddens negativ beeinflusst werden soll, kann ich nicht glauben. Früher als das Kernkraftwerk noch im Betrieb war, wurde auch überall auf Rügen, Usedom oder Lubmin, gebadet. Fische wurden auch an Land gebracht.
Wir brauchen auch in 20 Jahren und darüber hinaus noch Strom aus Kohlekraftwerken, da der Energiebedarf weiter steigen wird und noch nicht durch andere Energiequellen ersetzt werden kann.
Manfred Hässler, Hauptstraße 5 in Thiessow:
Als als Neubürger Rügens habe ich manchmal den Eindruck, dass man im Norden dieser herrlichen Insel denkt, dass das Kohlekraftwerk in Lubmin nur ein Ereignis ist, welches den Süden betrifft. Ich glaube, dass diese Einstellung, sollte sie richtig sein, völlig falsch ist. Wenn Urlauber aus meiner Heimat - ich komme aus dem Frankenland - ihren Urlaub auf Rügen verbringen wollen, unterscheiden sie zunächst nicht nach Nord und Süd. Alle Rüganer haben dies doch sicherlich anlässlich der Vogelgrippe erlebt. Hat man da bundesweit gefragt, wo die toten Vögel gefunden wurden, nein, ganz Rügen war betroffen.
Ahnliches wird, das haben mir zahlreiche Gespräche durch ganz Deutschland führen bestätigt, bei dem Steinkohlekraftwerk passieren. Ich habe so den Eindruck, dass allein das Thema „Beleuchtung rund um die Uhr“ nicht bekannt ist, für mich aber jede Romantik, jede Erholung tötet, auch dass das Umladen der Kohleschiffe Schmutz und Geräusche verursachen, die sich ein Tourist sicherlich nicht zumuten will.
Jens Schrammm: Ich möchte mich mit diesem Schreiben gegen ein Steinkohlekraftwerk in Lubmin aussprechen. Mir ist klar, dass eine strukturschwache Region wie die Gegend um Lubmin aus der Perspektive der Landesregierung aus wirtschaftlicher Sicht um den Bau dieses Kraftwerkes bemüht ist. Das lässt die Politik nach außen hin so erscheinen, als wäre ihr das Wohl der Bevölkerung sehr wichtig. Allerdings glaube ich, dass eine weltweite Stellenausschreibung zum Aufbau und späteren Betrieb mit den damit verbundenen eventuellen Einstellungen von Bürgern aus der Region Lubmin den Schaden, den das Kraftwerk verursacht, nicht aufwiegt. Mein Hauptproblem ist aber der durch Studien belegte große Quecksilberausstoß durch das Kraftwerk und die geringe Effizienz von 47 Prozent. Ich würde mich sehr freuen, wenn die Vernunft den Sieg bei der Entscheidung gegen den Kraftwerksbau davonträgt.

Wochenendausgabe, 15. Dezember 2007 | Ostvorpommern

Dong: Volksbefragung für uns nicht relevant
Lubminer Heide Der dänische Stromkonzern Dong Energy wird seine Plänen für einen Kohlemeiler in Lubmin nicht von einer Volksbefragung abhängig machen. „Im Koalitionsvertrag der Landesregierung steht, dass ein Kraftwerk an diesem Standort gewünscht wird. Auch die Bundesregierung will neue umweltfreundlichere Kraftwerke“, sagte Dong-Projektleiter Peter Gedbjerg. Sein Unternehmen bewege sich damit ausreichend auf demokratisch legitimiertem Boden für das Vorhaben.
Mit Gedbjergs Aussage schwinden die Hoffnungen auf eine Volksbefragung in großen Teilen Vorpommerns, deren Ergebnis für Dong nicht rechtlich bindend gewesen wäre, sondern auf Entgegenkommen erfordert hätte. Ex-Landtagspräsident Hinrich Kuessner (SPD) hatte kürzlich diesen Weg vorgeschlagen, damit beim Thema Kraftwerk keine Politik über die Köpfe der Bürger hinweg gemacht werde. Als Vorbild hatte er einen Fall aus dem Saarland herangezogen. Dort beugte sich der Konzern RWE einem solchen Votum gegen ein geplantes Steinkohlekraftwerk und legte seine Pläne vorerst auf Eis. Im Lubminer Fall wird nun allein der Ausgang des Genehmigungsverfahrens entscheidend sein. Gedbjerg bekräftige darüber hinaus, dass Dong energy keine Abstriche bei der Kraftwerksgröße machen will. A.L.

Wochenendausgabe, 15. Dezember 2007 | Stralsund

SPD der Stadt gegen Kohlekraftwerk
Stralsund Die SPD der Hansestadt bleibt bei ihrem Nein zum Steinkohlekraftwerk in Lubmin. „Wir erwarten ein völliges Überdenken in der Energiepolitik, bevor mit dem Bau von Kohlekraftwerken für Jahrzehnte falsche Akzente gesetzt werden“, erklärte der Kreisvorsitzende Klaus Mohr. Ein solches Kraftwerk dürfe in der Heimat des dänischen Investors nicht mehr gebaut werden, warum dann bei uns in Deutschland?
Irritiert zeigte sich der SPD-Kreisvorstand darüber, dass im jüngsten Gutachten zur Tourismusverträglichkeit keine Angaben zu Auswirkungen über die Aufheizung des Boddens durch die überschüssige Abwärme gemacht werden.

Immerhin würde sich das Wasser um bis zu vier Grad erhöhen. Damit bleibe zu befürchten, dass die sensible und einzigartige Bodden-Tourismusregion erheblich geschädigt werde.

Wochenendausgabe, 15. Dezember 2007 | Insel Usedom links

Streit um Dong-Pläne nimmt an Schärfe zu

Der Ton in der Debatte um das geplante Kohlekraftwerk wird rauer. Naturschützer und Initiativen fordern jetzt, den Erörterungstermin abzusetzen. Auch aus Trassenheide kommen ernste Bedenken.

Wolgast/Insel Usedom Gutachten hin, Polemik und Protest her. Die Gemüter vieler Menschen in der Region erregen sich weiter heftig an den Kraftwerksplänen des dänischen Energieunternehmens Dong Energy. Während die einen – wie viele Christdemokraten und der Unternehmerverband – fordern, sich vermeintliche Chancen nicht zu vermasseln, warnen die anderen – Naturschützer, Hoteliers, Grüne und Linke – vor den Unwägbarkeiten und drohenden Schäden für Umwelt und Tourismus. Und mittendrin: der Usedomer Tourismusverband.

Für dessen Vorstand wies Gerd Schulz gestern die von zwei Koserower Hoteliers öffentlich gemachte Kritik am Umgang mit dem Tourismusverträglichkeitsgutachten strikt zurück. „Wir sind nicht schuld an der verspäteten Fertigstellung, aber nun durch den mehrheitlichen Beschluss der Mitgliederversammlung legitimiert, alles zu dessen Umsetzung zu tun.“ Wer sich jetzt gegen den Beschluss stelle, habe die zahlreichen im Vorfeld gegebenen Möglichkeiten, sich aktiv an der Meinungsbildung zu beteiligen, ungenutzt verstreichen lassen. Wellnitz und Bunczek bleiben hingegen bei ihrer Position. Ihre GbR tritt zum 31.12.08 aus dem Verband aus. Wegen der um vier Wochen verzögerten Herausgabe des Gutachtens habe man sich auf eine inhaltliche Debatte beim Tourismustag gar nicht mehr vorbereiten können. Eine Teilnahme sei daher zwecklos gewesen. „Der Verband hätte in solcher Situation andere Entscheidungen treffen müssen“, meint Wellnitz.

Für Schulz ist die von manchen beargwöhnte Bezahlung der Studie durch Dong nur folgerichtig („Jedes Gutachten zahlt der Investor.“). Allerdings bleibt diffus, wer denn nun eigentlicher Auftraggeber war. Laut Seite 1 des Papieres handelt es sich jedenfalls um ein „Forschungsgutachten der Tourismusverbände Usedom und Rügen mit Unterstützung der Dong Energy Kraftwerke ...“. Genau das treffe aber juristisch nicht zu, sagt Schulz. „Wir haben es nur initiiert.“ Schließlich habe man gar kein Geld dafür gehabt.

An der (touristischen) Usedomer Basis grummelt es dagegen munter weiter. So erwägt nach OZ-Informationen auch das Trassenheider Hotel Kaliebe den Verbandsaustritt. „Es ist ein Spiel mit zu vielen Unbekannten. Ich habe jedenfalls große Angst vor negativen Folgen“, so Torsten Kaliebe. „Eigentlich müsste man sofort austreten, aber was ändert sich dann in der Sache?“, fragt sich – und andere der Branche – der Firmenmitinhaber. Er hat jedenfalls gegenüber dem StAUN Einwände schriftlich geltend gemacht. Außerdem hätte er eine interne Umfrage unter allen Mitgliedern des Verbandes für besser, ja notwendig erachtet. „Denn ich bin nicht der einzige, der sich Sorgen macht und mit der Verbandsentscheidung unzufrieden ist.“ Derweil haben gestern Naturschutzverbände und Bürgerinitiativen beim Staalichen Amt für Umwelt und Natur beantragt, den für den 18.12. angesetzten Erörterungstermin abzusetzen. Sie wollen „keine Phantomdebatte“, da der Antragsteller inzwischen eine Reihe neuer Gutachten und zahlreiche Änderungen von Unterlagen vorgelegt habe. Ferner kritisieren sie den Umgang mit Einwendern und Verbänden.

STEFFEN ADLER

Choren baut erste Biomasse-Raffinerie in Schwedt statt in Lubmin

14.12.2007: Schwedt/Lubmin/MVregio Das sächsische Unternehmen Choren will in Schwedt/Oder angeblich seine erste große Raffinerie für Biomasse-Treibstoff bauen.

Die Firma werde mehr als 500 Millionen Euro in den Bau der Anlage investieren, berichtete der Sender NDR Info am Donnerstag. Choren wolle in dem Werk jährlich 200 000 Tonnen sogenannten Sundiesel herstellen, der als Bio-Treibstoff der zweiten Generation gilt.

Eine Sprecherin von Choren wollte sich auf nicht direkt zu dem Projekt äußern. Sie verwies darauf, dass dazu am Dienstag in Schwedt Details bekanntgegeben würden.

Im Gespräch für das Projekt waren den Angaben zufolge auch Brunsbüttel in Schleswig-Holstein und Lubmin in Mecklenburg-Vorpommern. Der Standort Lubmin, an dem man sich bereits eine Industriefläche gesichert habe, werde allerdings nicht aufgegeben, sagte die Sprecherin. Mittelfristigen Planungen zufolge sollen in Deutschland insgesamt fünf Produktionsstandorte aufgebaut werden.

Die erste industriemäßige Anlage in Schwedt soll den Angaben zufolge von Volkswagen, Daimler und Shell unterstützt werden. Die VW-Forschungsabteilung gehe davon aus, dass Sundiesel bis zum Jahr 2030 die Hälfte des deutschen Dieselverbrauchs abdecken könnte.

MVregio Landesdienst mv/ovp

Intakte Moore leisten unschätzbare Dienste für Klima, Artenvielfalt und Gewässerqualität
14.12.2007: Semlow/MVregio "Moore nehmen fast 13 Prozent der Landesfläche Mecklenburg-Vorpommerns ein. Damit kommt ihnen in punkto Klimaschutz eine nicht zu unterschätzende Rolle zu.
Als moorreichstes Bundesland haben wir nicht nur besondere Verantwortung zu tragen, sondern auch Vorbild zu sein", heißt es im Grußwort des Ministers für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Dr. Till Backhaus (SPD) (Foto), dass anlässlich des Seminars "Die Bedeutung der Moore für den Klimaschutz und die Artenvielfalt" auf Schloss Semlow (Landkreis Nordvorpommern) in seinem Namen gehalten wurde. Die Veranstaltung wird von der Landeslehrstätte für Naturschutz Mecklenburg-Vorpommern durchgeführt.
"Der Erhalt naturnaher Moore und die mit Bedacht vorgenommene Wiedervernässung degradierter Standorte sind außerdem aktive Beiträge zum Arten- und Biotopschutz und dienen somit der Umsetzung der Anforderungen der Europäischen Naturschutzrichtlinien", heißt es dort weiter. Dies sei auch ein wichtiger Beitrag bei der Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie. Vor dem Hintergrund der immer stärker an Bedeutung gewinnenden Energieerzeugung aus Biomasse wüchsen die Begehrlichkeiten, Grünlandstandorte auf Moor wieder stärker in Nutzung zu nehmen.
Die Moore sind nach Auffassung des Ministers ein ganz besonders gutes Beispiel, um Nachhaltigkeit zu veranschaulichen. Dem Rechnung tragend werde aktuell das Moorschutzkonzept den neuen Rahmenbedingungen - Klimaschutz, Energiegewinnung aus Biomasse, Agrarreform - angepasst. Verschiedene Nutzungsmöglichkeiten vom Schilfanbau, über die Wertholzgewinnung bis zum Anbau schnell wachsender Baumarten zur energetischen Verwendung werden im Zuge dessen praktisch beleuchtet. Voraussetzung für die Nutzung der Moore ist dabei die Anhebung der Wasserstände. "Die Gesamtbilanzen müssen aber auch vor dem Hintergrund der Treibhausgasbilanzen langfristig positiv ausfallen, wenn wir eine Nutzung der Biomasse aus den Mooren empfehlen wollen", wird im Grußwort klargestellt.
In der Vergangenheit sei außerdem die touristische Nutzung der Moore unterschätzt worden, so der Minister. Gerade am Beispiel einiger im Rahmen des Moorschutzprogramms renaturierter Gebiete werde deutlich, dass durch die touristische Erlebbarkeit ein Beitrag zur Erhöhung der regionalen Wertschöpfung geleistet werden kann. "Die ökologische Komplexität unserer Moore verlangt eine ebenso komplexe Betrachtung ihrer Bedeutung für den Klimaschutz, den Arten- und Biotopschutz sowie die Wasserwirtschaft", resümiert Minister Dr. Backhaus in seinem Grußwort.
Hintergrund:
Moore haben weltweit lediglich einen Landflächenanteil von ca. drei Prozent. Das sind etwa 400 Millionen Hektar. Mit geschätzt 550 Milliarden Tonnen ist hier allerdings genauso viel Kohlenstoff gespeichert, wie in der gesamten lebenden Vegetation der Erde zusammen.
Die Leistungen ursprünglicher und fachgerecht renaturierter Moore gehen weit über die klimatischen Effekte hinaus. Gerade intakte bzw. sich infolge einer Anhebung der Wasserstände wiederbelebende Moore leisten unschätzbare Dienste für die Vielfalt an Flora und Fauna. Moore sind einzigartige Lebensräume für Tiere und Pflanzen, die sich an die feuchten, unwirtlichen Bedingungen angepasst haben. Neben Torfmoosen wachsen dort in unseren Breiten Zwergbirken, Wollgräser, Moosbeere und Sonnentau.
Langfristig betrachtet leisten intakte Moore einen entscheidenden Beitrag zur Gewässerqualität. Sie sind Wasserspeicher, bieten einen natürlichen Schutz vor Überschwemmungen, reinigen Wasser und sind daher wichtig für die Trinkwasservorräte. Moore fanden bei der Ausweisung des Natura 2000-Netzes Mecklenburg-Vorpommerns besondere Berücksichtigung. So liegen 28 Prozent aller Moorflächen des Landes in FFH- und 40 Prozent in Vogelschutzgebieten.
MVregio Landesdienst mv/nvp

http://www.mvregio.de/show/75950.html
Ökopol Gutachten zu Lubmin
15.12.2007: SCHWERIN/MVregio Gutachterliche Schelte für das geplante Kohlekraftwerk in Lubmin: Mit 1,1 Tonnen Quecksilber, 750 Tonnen Staub, je 7500 Tonnen Stick- und Schwefeloxide wird das Werk die Umwelt jährlich belasten, gibt der dänische Investor Dong selbst zu.
Nach einem gestern von der Naturschutzorganisation WWF vorgestellten Gutachten werden die Kohlekessel aber noch deutlich mehr Schadstoffe ausstoßen. Das Projekt sei nicht genehmigungsfähig, stellte Schadstoffexperte Christian Tebert vom Institut für Ökologie und Politik (Ökopol) gestern in Schwerin mit einem 5000 Euro teuren Gutachten klar.
Allein die Quecksilber-Einträge Deutschlands in die Ostsee von 30 Kilogramm jährlich würden sich durch das Werk versiebzehnfachen. Und das, obwohl sich Deutschland im Ostseeschutzabkommen Helcom dazu verpflichtet habe, den Quecksilbereintrag gegen null zu fahren, so Tebert.
Das von Dong zur Genehmigung vorliegende Projekt gehe von falschen Szenarien aus.
So habe der Konzern durch fehlerhafte Annahmen die Schadstoffbelastung für die Umgebung "schöngerechnet". Es seien deutlich höhere Emissionen krebserregender Stoffe zu erwarten, so dass Lubmin seinen Seebad-Status

verlieren würde. Fünfmal mehr Cadmium und doppelt so viele Dioxine: "Menschen und Natur werden belastet, weil Dong spart", kritisierte WWF-Ostseeexpertin Cathrin Münster.
Da Dong u.a. nicht die besten Filter einsetzen wolle, würden die Quecksilberemissionen insgesamt bis zu 1100 Kilogramm jährlich betragen. Etwa 550 Kilogramm würden direkt die Ostsee belasten. "Das finden wir dann in den Fischen und der Nahrungskette wieder", so Tebert. Dabei sei die Ostsee bereits am Limit, sagte Münster.
MVregio Landesdienst mv/sn

Wochenendausgabe, 15. Dezember 2007 | Insel Usedom links

INFO
Dehoga befragt ihre Mitglieder
Nicht nur die Wolgaster Stadtvertreter und die Mitglieder des Kreistages befassen sich am Montag mit den Lubminer Kraftwerksplänen. Auch die 130 Mitglieder des regionalen Hotel- und Gaststättenverbandes sind seit Donnerstag aufgefordert, auf der Dehoga-Internetseite ihre Meinung zum Dong-Energy-Projekt abzugeben. Bis 21.12. können sie dafür, dagegen oder neutral abstimmen. Laut Uwe Hanusch bestehe außerdem die Möglichkeit, einen Kommentar abzugeben. Er sieht sieht dies als demokratische Meinungsbildung an. Der Vorstand werde dann darüber beraten. AST

Wochenendausgabe, 15. Dezember 2007 | Anklam

Stadtvertretung Lassan tagt am Dienstag
Lassan Am Dienstag um 19 Uhr ist im Rathaus die nächste Sitzung der Stadtvertretung Lassan. Auf der Tagesordnung stehen neben der grundsätzlich stattfindenden Einwohnerfragestunde und dem Bericht des Bürgermeisters die Wahl der Schöffen und Hilfsschöffen. Außerdem gibt es eine Beschlussvorlage der Gemeindevertretung zur Ausweisung von Ausgleichsmaßnahmen zum Bau des Kohlekraftwerks Lubmin. Weiterhin wird der Bürgermeister über zwei Eilentscheidungen zu überplanmäßigen Ausgaben entscheiden lassen. Die Bürger sind herzlich eingeladen.